Helmut Suttor Frankfurt 9.4.2019

**z.Hd. Herr Dr. Florian Roth**

**Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste**

Marienplatz 8  
80331 München  
Tel.: (089) 233 92 620  
Fax: (089) 233 92684  
[gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de](mailto:gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de)

**BDS-Beschluss der Stadt München**

**Sehr geehrter Herr Dr. Roth,**

ich habe mit Erstaunen und Fassungslosigkeit den BDS-Stadtratsbeschluss zur Kenntnis genommen. Als Wähler der Grünen seit ihrer Gründung steigerte sich meine Fassungslosigkeit, als ich feststellen musste, dass der Beschluss die mehrheitliche Zustimmung Ihrer Partei erhalten hat.

Kulturreferent Küppers begründete das gerichtlich abschlägig beschiedene Verbot einer Veranstaltung des Films "Broken", in dem die Mauer zwischen Israel und Palästina thematisiert wird mit Verweis auf den BDS-Beschluss wie folgt:

„dass bei lebensnaher Betrachtung die Diskussionsveranstaltung nicht ohne eine Befassung mit den Inhalten, Themen und Zielen der BDS-Kampagne auskommt, da insbesondere ein zentrales Ziel der BDS-Kampagne der Abriss der Mauer – verbunden mit der Aufforderung, die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes zu beenden – ist“.

Für ein Verbot in städtischen Räumen ist demnach ausreichend, dass im Verlauf einer Veranstaltung thematisiert werden **könnte**, was auch von der BDS-Kampagne, thematisiert wird. Dies gilt unabhängig davon, ob die BDS-Kampagne ablehnt, was - wie in diesem konkreten Fall der Mauer - auch die Deutsche Bundesregierung[[1]](#footnote-1), die EU-Kommission oder die UNO (durch den IGH)[[2]](#footnote-2) ablehnt bzw. beseitigt wissen will.

Das Beispiel zeigt auch, dass der von den Grünen eingebrachte Änderungsantrag ("zustimmen" statt "befassen") keinen Unterschied ausgemacht hätte. Sie insistierten in einem Interview auf diesen Unterschied. Mir scheint, Ihr Änderungsantrag hatte eher eine Alibifunktion. Dieses Beispiel zeigt auch wie wenig durchdacht der Stadtratsbeschluss ist.

Ich habe in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Können Sie mir mitteilen was die Grünen zu Zustimmung bewogen hat. Schließlich haben Sie im Oktober 2017 in diesem Kontext noch vor einer Gefährdung der "politischen Kultur" gewarnt. [[3]](#footnote-3) Auf der Homepage Ihrer Fraktion finde ich keinen Beitrag, der nachvollziehbar macht, wieso Sie trotzdem zugestimmt haben. Genau genommen gibt es überhaupt keinen Beitrag, der sich danach noch einmal mit dem Thema beschäftigt - wenn ich nichts übersehen habe?

2. Stimmen Sie der Interpretation des BDS-Beschluss durch Herrn Küppers zu? Spiegelt dieser die Grüne Position und Interpretation wieder? Wenn nicht: Welches ist die Grüne Interpretation?

In einer Zeit, in der die offizielle Nahostpolitik der Bundesregierung nur noch auf Fiktionen beruht (Zweistaatenlösung), weil die israelische Regierung schon seit Jahren in Wort und Tat Belege dafür liefert, dass sie nicht im Traum daran denkt, dieses Konzept umzusetzen, erklärt die Stadt München ihren Verantwortungsbereich zur diskussionsfreien Zone.

Die Diskussionstabus der selbsternannten Israelfreunde werden für den Rest der Stadt verbindlich gemacht in einer Situation, in der durch die Entwicklung in Nahost der Diskussionsbedarf für jeden sichtbar gestiegen ist. Sie bekämpfen nicht den Antisemitismus, sondern beteiligen durch die BDS-Beschlüsse landauf, landab an der Vervielfältigung der politischen und moralischen Orientierungslosigkeit der deutschen Nahostpolitik.

Aus den Reihen des israelischen Kabinetts wird schon seit Jahren gefordert Teile der Westbank zu annektieren. Jetzt hat sich Premierminister Nethanjahu dem offiziell angeschlossen und hinzugefügt, dass er keine Siedlungen aufzugeben bereit ist, auch die nicht, die selbst nach israelischem Recht gesetzwidrig sind (Outposts). Israelis und Palästinenser haben gleiche Rechte. Es geht nicht nur um das Existenzrecht Israels, sondern auch um das Existenzrechts Palästinas. Ein Blick auf die aktuelle Landkarte genügt, um zu beurteilen, wessen Existenzrecht gefährdet ist. Man muss dazu kein Nahost-Experte sein. Die BDS-Bewegung mag das Existenzrecht Israels implizit oder explizit rhetorisch in Frage stellen, das Existenzrecht Palästinas wird durch die israelische Regierung praktisch in Frage gestellt. Diesem Problem stellt sich weder die Bundesregierung mit ihren rituellen Bekenntnissen zur Zweistaatenlösung in angemessener Weise, noch Sie mit Ihrer Zustimmung zum BDS-Beschluss.

Auch wenn man das Argument, die Meinungs- und Informationsfreiheit in München würde durch den Stadtratsbeschluss nicht beeinträchtigt, weil er sich auf städtische Einrichtungen beschränkt, einen Moment lang gelten lassen wollte: Es erweist sich sofort als lausige Legitimationsfassade, wenn man weiß, dass auch Veranstaltungen in Einrichtungen jenseits des städtischen Bereichs verhindert werden. Der Stadtratsbeschluss begünstigt offensichtlich ein Klima der Denunziation, wie sich am Beispiel einer Veranstaltung zeigen lässt, die in der die Augustiner-Gaststätte Rumpler in München geplant war. Dort sollte am 17.3.2019 eine Veranstaltung stattfinden mit dem israelischen Prof. Moshe Zuckermann zum Thema: "Der 'allgegenwärtige Antisemit' als Herrschaftsinstrument". Kurz vor Veranstaltungsbeginn erreichte die Wirtin der Gaststätte eine im Übrigen anonyme Mail der „Münchner Bürger gegen Antisemitismus und Israelhass“ (MBAI), die gleichzeitig an die lizensierende Augustinerbrauerei verschickt wurde .*[[4]](#footnote-4)* Die verschreckte Wirtin alarmierte die Polizei, es rückte der Verfassungsschutz an, die Veranstaltung konnte an diesem Ort nicht stattfinden. Die Betreiberin der Gaststätte erklärte dem Druck nicht standhalten zu wollen mit Verweis auf ihr Geschäft und ihre Mitarbeiter.

Ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse zu instrumentalisieren um politische Debatten zu unterbinden bzw. politische Gefügigkeit zu bewirken ist ein typisches Element totalitärer Verhältnisse, unvereinbar mit der politischen Kultur in einer Demokratie.

Die Dummdreiste Denunziation genügte, um Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken. Diese Zustände haben die Grünen mit zu verantworten, ein bemerkenswerter Beitrag zur politischen Kultur Münchens.

Was einem in den Reden zu den BDS-Beschlüssen immer wieder begegnet ist Mitläufermentalität der Volksvertreter, ein formelhaftes Herunterbeten von Allgemeinplätzen ungetrübt von auch nur oberflächlichster Kenntniss der Verhältnisse im Nahen Osten. Oder kennen Sie einen BDS-Beschluss, der das Existenzrecht Israels ins Verhältnis setzt zum Existenzrecht Palästinas; der nicht nur thematisiert, dass die BDS-Bewegung das Existenzrecht Israels rhetorisch in Frage stellt (ein Vorwurf, der häufig genug in fragwürdiger Weise konstruiert ist) sondern auch, wer das Existenzrecht Palästinas praktisch in Frage stellt - was ja als mindestens genauso relevant anzusehen sein sollte.

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass mit den Denk- und Argumentationsgewohnheiten der Antisemitologen unter Anwendung des Prinzips der "Kontaktschuld" (Micha Brumlik)[[5]](#footnote-5) und durch Ersetzung des Begriffs "Antisemit" durch "Rassist" in Nullkommanix "beweisbar" ist, dass die selbsternannten Israelfreunde allesamt Rassisten sind, weil sie mit dieser Methode in einen assoziativen Zusammenhang zu einer Politik gebracht werden können, die entlang ethnischer Kriterien diskriminiert? Durch diese Methoden ist die Debattenkultur zum israelisch-palästinensischen Konflikt auf den Hund gekommen. Fake-News und persönliche Herabsetzung dominieren, es geht nicht mehr um eine Auseinandersetzung zwischen Menschen mit unterschiedlicher Meinung, sondern um einen Propagandakrieg gegen Feinde.

Der von Ihnen mitgetragene Stadtratsbeschluss begünstigt diese Kultur, er treibt das Prinzip der Kontaktschuld auf die Spitze in dem er dieses nicht nur auf Personen, sondern auch auf Themen anwendet.

Ihr Beschluss nimmt außerdem einseitig Partei für eine Seite, nämlich die Israelische. Israel hat das Gesetz des Handelns in der Hand. Die Palästinenser sind darauf angewiesen über das völker- und menschenrechtswidrige Regierungshandeln auf ihrem Territorium Öffentlichkeit herzustellen. Wer die Macht hat Fakten zu setzen kann gut damit leben, dass im Zweifelsfall überhaupt nicht berichtet wird, wer in der Rolle des Ohnmächtigen ist kann das nicht

Den Münchner Stadtratsbeschluss empfinde ich als einen Apell an den **deutschen Untertan**, besonders wenn man seine Signalwirkung in Betracht zieht. Er ist gewiss kein Beitrag um die Mündigkeit in der Münchner Bürgerschaft zu begünstigen, um das Thema einer Ihrer vielen philosophischen Volkshochschulvorträge aufzugreifen (Theodor W. Adorno – Erziehung zur Mündigkeit).*[[6]](#footnote-6)* Nach Kant ist es nicht der "Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes", der die Emanzipation der Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit verhindert. Es geht demnach um **Mut und Zivilcourage** und nicht darum, dass man besonders schlau ist.

Diesen Mut in Philosophievorträgen zu postulieren ist sicher etwas anderes als ihn im politischen Alltag in schwierigen Situationen umzusetzen.

Gegenwärtig läuft ein Prozess wegen eines Raumverbots (Thema: *Wie sehr schränkt München die Meinungsfreiheit ein*?), das auf der Basis des Stadtratsbeschluss ausgeprochen wurde. Dieser Prozess wurde von einem Münchner Rentner angestrengt und ging in erster Instanz verloren. Im Unterschied zu einem vergleichbaren Prozess in Oldenburg, unterlag dort die beklagte Stadtverwaltung und verzichtete auf Widerruf. Im Urteil heisst es:

*"Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist nämlich als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt. Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend. Aus dem oben genannten Grund wurde deshalb (auch) in das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit des Klägers schwerwiegend eingegriffen".*[[7]](#footnote-7)

Das ist der Unterschied zwischen einer an den Grundwerten der Verfassung orientierten Rechtssprechung und Bayerischer Gerichtsbarkeit. Vielleicht haben Sie Glück und die bayerischen Gerichte entscheiden i.S. des BDS-Beschlusses bzw. lassen eine Revision erst gar nicht zu. Vielleicht läuft es auch anders. Dann hat ein Münchner Rentner das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegen die überwältigende Mehrheit im Stadtrat durchgesetzt. Das wäre schlecht für die politische Kultur, schlecht für den Stadtrat und besonders traurig für die Grünen.

Vielleicht besinnen Sie sich auch mit Kant auf Ihre offenbar besseren Einsichten, die Sie noch wenige Wochen vor dem BDS-Beschluss scheinbar gehabt haben.

MfG

Helmut Suttor

PS: Aus Gründen der Gleichbehandlung geht dieser Brief an alle Stadträte/Innen Ihrer Partei

1. https://de.wikipedia.org/wiki/Israelische\_Sperranlagen\_(Westjordanland) [↑](#footnote-ref-1)
2. http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-gerichtsurteil-israel-soll-die-mauer-wieder-einreissen-a-307938.html [↑](#footnote-ref-2)
3. https://gruene-fraktion-muenchen.de/gasteig-verbannt-erneut-israel-kritiker-grune-warnen-gefahrdung-meinungsfreiheit-2/ [↑](#footnote-ref-3)
4. https://www.dropbox.com/s/4gmlmd6oxoxgb2u/2019.03.16.%20MBAI%20Mail.docx?dl=0 [↑](#footnote-ref-4)
5. *Hat jemand oder eine Gruppe auch nur den geringsten persönlichen Kontakt zu einer als feindlich definierten Gruppe beziehungsweise ihr nahestehenden Personen, dann gilt als ausgemacht, dass die Person oder Gruppe selbst eins zu eins identisch mit der kritisierten und abgelehnten Person oder Gruppe ist*. Micha Brumlik: Kommentar Göttinger Friedenspreis Das Prinzip Kontaktschuld, http://www.taz.de/!5575309/ [↑](#footnote-ref-5)
6. https://www.florian-roth.com/philosophievortr%C3%A4ge/ [↑](#footnote-ref-6)
7. https://www.verwaltungsgericht-oldenburg.niedersachsen.de/aktuelles/vg-oldenburg-haelt-aufhebung-der-entscheidung-zur-ueberlassung-eines-vortragssaals-im-pfl-fuer-eine-vortragsveranstaltung-der-bds-im-mai-2016-durch-die-stadt-oldenburg-fuer-rechtswidrig-169355.html [↑](#footnote-ref-7)